

# Schleichender Staatsstreich

*Staatsstreich bezeichnet einen verfassungswidrigen (gewaltsamen) Umsturz, mit dem es bereits an der Macht Beteiligten (z. B. Militärs, paramilitärischen Organisationen) gelingt, die Staatsgewalt zu übernehmen.*

*Aus: Schubert, Klaus/Martina Klein: Das Politiklexikon. 4., aktual. Aufl. Bonn: Dietz 2006.*

Tatsächlich sehen wir unseren Staat in Gefahr. Allem Anschein nach hat eine militärische Gruppe, die in den 1980er Jahren eine Ausbildung in psychologischer Kriegsführung, Subversion und Sprengstoffattentaten erhielt, einen rechtsfreien Raum in der Mitte unseres Gemeinwesens etabliert.

Der damalige Chef dieser Gruppe und bis vor kurzem Direktor der Polizei hat den Staat in den letzten Wochen viermal offen herausgefordert:

- Er hat in einem Schreiben an die gesamte Truppe zwei des Mordversuchs Angeklagte aus den eigenen Reihen Unterstützung zugesichert und die offizielle Anklage durch den Staatsanwalt als „haltlos“ abqualifiziert.
- Er hat erklärt, dass die Justiz im Dossier „Bommeleeër“ bis zu einem bestimmten Punkt untersuchen könne, „an dann ass Schluss“.
- Er hat in einem Communiqué verlauten lassen, dass er entschieden habe, seine Absetzung als Chef der Polizei zu akzeptieren. Er lässt uns dadurch wissen, dass er auch hätte anders entscheiden können. Der Justizminister musste diese Absetzung offenbar mit ihm aushandeln. (« M. Pierre REULAND, Directeur Général de la Police Grand-Ducale, confirme sa décision d'accepter la mise à la disposition de sa fonction, annoncée par le Ministre de la Justice à la Chambre des Députés », 30.1.08)
- Er hat nach Informationen des Staatsanwalts die Justiz behindert, falsche Aussagen gemacht und sich geweigert, mit der Untersuchungsrichterin zusammenzuarbeiten.

Währenddessen müssen wir beobachten, wie der Staatsanwalt, der unseren Staat in dieser Sache vertritt, zusehends isoliert wird:

- Der Justizminister erklärt, dass er gegen seinen Willen und in Ermangelung einer eigenen Einschätzung den Polizeichef absetzen musste. („Duerch déi Reproche vum Procureur, déi ech net aschätze kann, mä déi an deem Bréif stinn, ass déi noutwenneg Sérénitéit vun der Policeaarbecht (...) a Fro gestallt. (...) Et deet mir menschlech leed, dës Décisioun mussen ze huelen, besonnesch well déi zwee Leit an deene Joeren, wou ech hire politesche Chef war, eng gutt Aarbecht gemaach hunn“, Chambre, 30.1.08)
- Die Polizeigewerkschaft stellt sich danach in einer Presseerklärung hinter die abgesetzte Polizei spitze. Die Vertreter des Polizeicorps zeigen damit Corpsgeist und fordern den Staat kollektiv heraus. Ein regelrechtes Abschiedsfest kann vom zuständigen Minister in letzter Minute verhindert werden.
- Ein ehemaliger Justizminister und heutiger Ombudsmann kritisiert öffentlich das Vorgehen des Staatsanwalts.
- Ein ehemaliger Staatsminister ermahnt vor laufenden Kameras alle politischen Kräfte des Landes, in dem Dossier nicht zu fest aufzutreten, „denn irgendwie seien alle politischen Kräfte impliziert“.
- Die größte Tageszeitung des Landes diskutiert kritisch das Vorgehen des Staatsanwaltes und bietet dem abgesetzten Polizeichef eine dreiseitige Sonderbeilage.

---

**Der Staatsanwalt und die Untersuchungsrichterin haben ein Anrecht auf ein Mindestmaß an öffentlichem Rückhalt. Sonst akzeptieren wir, dass eine Gruppe von (gut informierten) Leuten unseren Staat als Geisel hält.**

---

- Der Regierungschef teilt währenddessen Gefühle mit: Er ist beunruhigt, besorgt, bestürzt... schließlich entrüstet, weil sein eigenes Ansehen Schaden leidet.
- Der Regierungschef, der noch im November 2005 mit dem Spruch an die Öffentlichkeit getreten war, er würde nicht zurückschrecken, wenn es gelte „en Dëcken“ als Bombenleger zu entlarven, deutet zum ersten Mal Zweifel an seinem damaligen Vorgehen an. Die Anhörung eines vermeintlichen „Zeugen“ durch den Chef der Exekutive hatte maßgeblich zur Missstimmung zwischen den Institutionen beigetragen.
- Dieses späte Eingeständnis wird aber von einem ähnlichen Fauxpas begleitet: der Regierungschef „beauftragt“ am 15. Februar 2008 das Parlament mit der Untersuchung der Archive des Geheimdienstes, was wohl jeden Zweifel am guten Willen der Regierung ausräumen soll. Tatsächlich zeigt es aber, dass sich ein heilloses Durcheinander in den interinstitutionellen Relationen etabliert hat. Dass das Parlament den „Auftrag“ einer ihr unterstehenden

Institution annimmt, macht dieses Durcheinander noch deutlicher.

- Nebenbei erfahren wir, dass die Justiz im Zusammenhang mit dem Dossier „Bommeleer“ im Mai letzten Jahres eine Hausdurchsuchung im Büro des Regierungschefs unternommen hat. In jeder anderen europäischen Demokratie hätte man nach dieser Nachricht ein politisches Erdbeben erwartet.

Durch rasches Eingreifen (nach 22 Jahren?) wurde der Staatskrise der Giftzahn gezogen, wie der Staatsminister anschaulich formuliert. Wirklich? Es scheint eher, dass alle Akteure und die Öffentlichkeit sich ihr endlich stellen müssen. Der Staatsanwalt und die Untersuchungsrichterin haben ein Anrecht auf ein Mindestmaß an öffentlichem Rückhalt. Sonst akzeptieren wir, dass eine Gruppe von (gut informierten) Leuten unseren Staat als Geisel hält. Hinter der Staatskrise verbirgt sich dann ein schleichernder Staatsstreik, der die politische Kultur dieses Landes für eine weitere Generation prägen wird.

**forum**



Frieden zieht der Staatskrise einen Giftzahn